

Regierung kürzt Löhne und baut 400 Stellen ab

Budgeteinschnitte von 75 Millionen Franken für 2016 und Entlastungsmassnahmen von 198 Millionen bis 2019

Von Thomas Dähler

Liestal. Ein Prozent weniger Lohn für die Staatsangestellten, 400 Stellen weniger und mehrere, zum Teil höchst sensible Sparmassnahmen: Die Baslerbieter Regierung hat gestern in Liestal vor den Medien aufgezeigt, wie sie bis 2019 eine Genesung der Staatsfinanzen herbeiführen will. Nicht erreicht hat die Regierung die Zielsetzung für das Budget 2016: Für das kommende Jahr plant die Regierung nur 75 Millionen Franken an Entlastungen statt der anvisierten 96 Millionen.

«Seit 2009 lebt der Kanton Basel-Stadt über seine Verhältnisse», erklärte Regierungspräsident Anton Lauber gestern. Damit soll Schluss sein: Die Regierung stellte in corpore nicht nur wie angekündigt Budgetmassnahmen für 2016 vor, sondern eine Finanzstrategie mit 132 Massnahmen zur dauerhaften und nachhaltigen Beseitigung des strukturellen Defizits. Dieses beziffert die Regierung mit 133 Millionen Franken. Das Entlastungsziel betrage jedoch 188 Millionen Franken, präzisierte Lauber. Es gelte nämlich, für die notwendigen Investitionen einen

Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent anzustreben – und dies in Kenntnis der rückläufigen Entwicklung bei den Steuereinnahmen.

Am stärksten betroffen von den geplanten Sparmassnahmen wird das Personal sein. Die Regierung wird dem bürgerlichen Parlament Lohnkürzungen von einem Prozent beantragen. Zudem soll bis 2019 jede zehnte Stelle eingespart werden. Und auch beim

«Mit dem U-Abo wurde der Umsteigeeffekt bereits erreicht.»

Sabine Pegoraro, Regierungsrätin

Beizug von Dritten zur Bewältigung der kantonalen Aufgaben plant die Regierung Honorarkürzungen von 25 Prozent. Zusammengezählt erhofft sich die Regierung mit diesen Massnahmen Einsparungen in der Höhe von 63 Millionen Franken.

Umstritten sein wird der neue Selbstbehalt bei den Abzügen für Krankheitskosten auf der Steuererklärung, der dem Kanton ab 2017 15 Mil-

lionen Franken mehr einbringt, wenn der Landrat – und wenn nötig das Volk – zustimmt. Die Subventionen der Krankenkassenprämien will die Regierung um 8,4 Millionen Franken kürzen. Beim öffentlichen Verkehr plant die Regierung, das U-Abo nicht mehr mit zusätzlichen kantonalen Subventionen zu unterstützen, womit ab 2017 15,4 Millionen Franken weniger an den Verbund fliessen würden. «Mit dem U-Abo wurde der Umsteigeeffekt bereits erreicht», sagte Regierungsrätin Sabine Pegoraro.

Weniger Geld ausgeben will die Regierung auch in Basel. So sollen beim Leistungsauftrag für die Universität Basel für die nächste Periode ab 2018 25 Millionen Franken und bei den Kulturbeiträgen an den Nachbarkanton ab 2017 4,9 Millionen eingespart werden.

Neben den grossen Beträgen stellte die Regierung auch eine Vielzahl von kleineren Sparabsichten vor, die bis 2019 wirksam werden sollen. Von diesen sind viele nicht minder umstritten: etwa der kleinere Fahrkostenabzug auf der Steuererklärung, der erhöhte Vermögensverzehr bei den Ergänzungsleistungen, die zusätzliche Pflichtlektion für Sekundarlehrer, die erhöh-

ten Klassengrössen in den Sekundarschulen und Gymnasien, der restriktiver Kurs bei der Sonderschulung, der Wegfall von Pensenreduktionen bei gleichem Lohn für ältere Lehrkräfte oder die Reduktion der Berufsvorbereitungsschule BVS 2 von der zweijährigen auf die einjährige Dauer.

Kaum etwas zu den Sparmassnahmen trägt der am stärksten wachsende Gesundheitsbereich bei. Regierungsrat Thomas Weber erklärte dazu, im Gesundheitsbereich sei es bereits eine Herausforderung, die Wachstumsrate zu dämpfen. Die Gesundheitskosten seien auch nicht nur eine Kostenfrage, sondern eine Investition in die Gesundheit und die Lebenserwartung.

Steuererhöhung kein Thema

Ebenso kein Thema sind Entlastungen über höhere Steuern. Finanzdirektor Lauber glaubt nicht daran, dass eine Steuererhöhung beim Volk auf Akzeptanz stossen würde. Schon heute befinde sich der Kanton Basel-Stadt bei den höheren Einkommen in den hinteren Regionen der Kantonsrangliste. Nur längerfristig diskutiere die Regierung eine Anpassung der besonderen Basel-

bieter Steuerkurve, die heute etwa 40 Prozent der Bevölkerung von Steuerzahlungen befreit.

Die Kürzungen, die bereits für das Budget des nächsten Jahres angestrebt werden, standen gestern nicht im Zentrum. Noch im Mai hatte der Regierungsrat eine Kürzung im Umfang von 96 Millionen Franken für 2016 in Aussicht gestellt. Jetzt sind für das nächste Jahr Entlastungsmassnahmen von 75 Millionen Franken geplant, mit denen das Eigenkapital nicht unter 100 Millionen Franken fallen sollte. Alle Massnahmen für 2016 kann die Regierung im Alleingang oder mit einem einfachen Beschluss des bürgerlich dominierten Landrats durchsetzen.

Unter den Massnahmen figuriert auch der Verzicht auf die für 2015 und 2016 versprochene Rückzahlung früherer Pflegekosten-Anteile an die Gemeinden in der Höhe von zweimal 15 Millionen Franken. Finanzdirektor Lauber stellte sich dabei auf den Standpunkt, die fiskalische Äquivalenz werde über den höheren Vermögensverzehr und die verschobene Aufteilung der Ergänzungsleistungen zwischen Kanton und Gemeinden wiederhergestellt.